

Fraktionen zur Sache:

Mit dieser Serie gibt das Amtsblatt den Fraktionen im Leipziger Stadtrat Gelegenheit, ihre konkreten Positionen darzulegen. In jeder neuen Ausgabe können sie zu kontrovers diskutierten Themen der Stadtpolitik Stellung nehmen oder Themen aufgreifen, die sich mit kommunalpolitischen Zielen verbinden. Die Autorenschaft der Beiträge liegt bei den einzelnen Fraktionen. Fotos: Stadt Leipzig/M. Jehnichen



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

Naomi-Pia
Witte
Stadträtin

Das Bundesverfassungsgericht stellte 2010 in einem Urteil fest, dass das Sozialgeld für Kinder, da nicht bedarfsdeckend, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Schon die Alltagserfahrung, so das BVerfG, weise auf einen besonderen Bedarf insbesondere für Schulkinder hin, ohne dessen Deckung ihnen der Ausschluss von Lebenschancen drohe. Die nach diesem Urteil entbrannte

Diskussion drehte sich dann allerdings mehr um Flachbildschirme und den Alkoholkonsum der Eltern als um die bedarfsgerechte Versorgung hilfebedürftiger Kinder. Demzufolge wurden auch nicht die Regelsätze für die Kinder erhöht, sondern es kam das Bildungs- und Teilhabepaket, um zu

Teilhabe – Grundrecht für Kinder?

verhindern, den Eltern das notwendige Geld in die Hand geben zu müssen. Für unsere Fraktion war es nun an der Zeit, eine Anfrage zum Paket und dessen Wirksamkeit zu stellen. Wie erwartet waren die Antworten auf unsere Anfrage ernüchternd. So wurden im Jahresdurchschnitt maximal für 60 Pro-

zent der anspruchsberechtigten Kinder ein Antrag gestellt. Das heißt, eine hohe Anzahl von Kindern in unserer Stadt bleibt weiterhin von einer bedarfsgerechten Versorgung ausgeschlossen. Die Linke fordert schon längere eine auskömmliche Grundsicherung für Kinder, damit jedes Kind, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, seine Lebenschancen ergreifen kann. ■